



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/KV/58 - 10. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Strauss in Griechenland</u> Militärische Probleme zwischen Bonn und Athen Von Dr. Basil Mithiopoulos	63
3 - 3a	<u>Heizölsteuer statt energienpolitischer Konzeption</u> Ein Nachwort zur Bundestagsdebatte	71
4 - 5	<u>Klausur der Regierungsparteien</u> Um die Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung Painliche Lage für Bundesminister Blank Von Fritz Büttner, MdB	91
6	<u>Ein falscher Zungenschlag</u> Bemerkungen zu einer Konferenz des Bundespressechefs	30
6	<u>Der verbotene Händedruck</u> Südafrika spielt mit dem Feuer	17
7	<u>Friedrich Wendel gestorben</u> In Gedenken an den Herausgeber des "Der wahre Jacob"	29

* * *
* *

Strauss in Griechenland

Militärische Probleme zwischen Bonn und Athen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Auf Einladung der griechischen Regierung fliegt Bundesverteidigungsminister Strauss nach Athen, um mit der politischen und der militärischen Führung Griechenlands Gespräche über militärische Probleme zu führen. Griechenland und die Bundesrepublik sind in der NATO. Strauss erklärte vor seinem Abflug auf Befragen ausdrücklich, dass sowohl Griechenland wie auch die Türkei schon allein wegen ihrer geographischen Entfernung von der Bundesrepublik nicht die geeigneten Voraussetzungen zur Errichtung von Nachschubdepots für die deutsche Bundeswehr erfüllen. Allerdings, so räumte der Minister ein, hätten deutsche Piloten in der Türkei Ausbildungslehrgänge hinter sich gebracht, und die türkische Regierung habe auch bereits zweimal einen türkischen Flugplatz für deutsche Übungen zur Verfügung gestellt. Vor der Auslandspresse in Bonn hatte der Minister kurz zuvor bereits die Überlegungen der deutschen militärischen Führung dargestellt, die mit der Schaffung von Depots und Übungsplätzen für verschiedene Einheiten der Luftwaffe der Bundesrepublik in befreundeten Ländern zusammenhängen. Deshalb würden in Athen auch die Möglichkeiten für eine Ausbildung deutscher Truppen auf griechischem Gelände - zu einem späteren Termin - besprochen werden.

Eine erste Fühlungnahme der militärischen Führungen beider Länder war schon im vorigen Jahr aufgenommen worden, als General Heusinger die griechische Hauptstadt besuchte. Im Januar dieses Jahres fand sodann ein weiteres Gespräch statt, das von griechischer Seite der stellvertretende Ministerpräsident Kannelopoulos während seines Besuches in Bonn führte.

Obwohl es also als sicher erscheinen mag, dass die Bundesrepublik wirklich an der Errichtung von Militärdepots in Griechenland nicht interessiert ist, muss in diesem Zusammenhang die starke griechische Reaktion erwähnt werden, die im vergangenen Jahr ein amerikanisches Angebot zur Errichtung von Abschussbasen für Mittelstreckenraketen auf griechischem Boden ausgelöst hat. Unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung sah sich damals die Regierung Karamanlis genötigt, ein solches Angebot abzulehnen. Seitdem ist in Griechenland die Empfindlichkeit sowohl

offizieller Kreise wie auch anderer politischer Faktoren gegenüber allen Verpflichtungen, die über das von der NATO festgesetzte Mass hinausgehen, nur noch gewachsen.

Die britische Presse, vor allem die "Sunday Times", hat allen anderslautenden Nachrichten zum Trotz behauptet, Strauss werde in Griechenland doch die Frage deutscher Nachschubbasen erörtern. Von den letzten Erklärungen des Ministers einmal abgesehen, dürfte Bonn gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, da sich im Gegensatz zu manchen anderen Meinungsverschiedenheiten zwischen den westlichen Verbündeten das deutsch-griechische Verhältnis sehr eng und freundschaftlich gestaltet, keinen Anlass haben, Missverständnisse zwischen Griechenland und Westdeutschland aufkommen zu lassen. Sicher jedoch wird der jetzige Besuch des Verteidigungsministers die Voraussetzungen zu späteren Verhandlungen militärischer Art schaffen. So wird der griechische Verteidigungsminister den Besuch seines deutschen Kollegen zu einem späteren Zeitpunkt erwidern.

In dieser Phase des Gesprächs dürfte in Athen zunächst der Austausch von Staboffizieren beider Länder erwogen werden. So werden griechische Offiziere die Militärakademie von Hamburg zur Vollendung ihrer strategischen Ausbildung besuchen. Strauss wird zudem an die griechische Industrie Aufträge im Werte von mehreren Millionen DM zur Herstellung von Kriegsmaterial und Munition vergeben. Auch an Aufträge zur Herstellung von Truppenbekleidung ist gedacht. Es ist bekannt, dass die Türkei bereits deutsche Aufträge im Werte von 240 Millionen DM bekommen hat.

Athener politische Kreise sind der Auffassung, dass jetzt im Rahmen der NATO die Zeit reif sei für eine gewisse militärische deutsch-griechische Zusammenarbeit, die allerdings immer nur als eine Ergänzung der übrigen guten Beziehungen zwischen den Ländern zu gelten habe, schon wegen der Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung. Niemals dürfte ein militärisches Zusammengehen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland die übrigen Beziehungen überschatten, oder sie gar ganz in den Hintergrund drängen.

Heizölsteuer statt energiepolitische Konzeption

rd. Der Bundestag traf mit der Belastung des Mineralöls zwei unterschiedliche Entscheidungen. Logisch scheint es, die Benutzer unserer Strassen durch eine steuerliche, für den Strassenbau zweckgebundene Abgabe an den Kosten für die Erhaltung und den Ausbau der Verkehrswege zu beteiligen; unlogisch ist es jedoch, die Verbraucher von Heizöl mit den Kosten der Sanierung des Steinkohlenbergbaus zu belasten.

Natürlich muss den Bergarbeitern das Risiko einer planlosen, unkoordinierten Energiepolitik abgenommen werden. Es war ein Kohn auf die sogenannte soziale Marktwirtschaft, dass die Bergarbeiter das Versagen der amtlichen Wirtschaftspolitik und die Fehldispositionen der Bergbauunternehmungen mit Feierschichten und Lohnausfall zu tragen hatten. Die SPD und ihre Bundestagsfraktion hat gegen diese Praxis seit dem Beginn der Kohlenkrise protestiert und einen Ausgleich gefordert. Doch erst die eindrucksvollen Demonstrationen der Bergarbeiter, ihr Marsch auf Bonn, hat die Regierung nach zwei Jahren Krise bewogen, 75 Millionen DM für einen Feierschichtenausgleich zu zahlen.

Diese 75 Millionen DM sind die billige Begründung für eine Steuer, die nach den jetzigen Beschlüssen der CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag dem Finanzminister vorerst für drei Jahre jährlich 300 Millionen DM einbringen soll, sofern sich die Regierung an die vorläufige Erhöhung um 10 DM pro t für leichtes Heizöl und 30 DM pro t für schweres Heizöl, hält. Es steht der Regierung jedoch frei, diese neue Steuer auf 30 DM für leichtes Heizöl, also für den Hausbrand, und auf 45 DM für schweres Heizöl, also für gewerbliche Zwecke, zu erhöhen. In diesem Falle stiege das jährliche Aufkommen aus dieser Steuer auf rund 500 Millionen DM und somit 1,5 Milliarden DM in drei Jahren.

Dieses Steuerergebnis hat mit dem Feierschichtenausgleich aber auch nichts mehr zu tun. Es ist daher Demagogie übelster Art, wenn die CDU/CSU sich entschuldigt, die SPD fordere zwar soziale Hilfen für Bergarbeiter, lehne deren Finanzierung aber ab, zu deren Zweck die CDU/CSU nun die Heizöl-Steuer beschlossen habe.

Die SPD hatte vorgeschlagen, die seit langem vom Bundestag beschlossenen Zuschläge zur Körperschaftssteuer, in Höhe von zwei Prozent, zu erheben. In diesem Falle hätten die Unternehmen die Kosten zu tragen gehabt, nicht die Verbraucher. Und diese Kosten wären geringer gewesen als die Heizöl-Steuer. Bei einem jährlichen Körperschaftsteueraufkommen von mehr als 5 Milliarden DM hätten diese zwei Prozent 100 Millionen DM jährlich eingebracht und in einem Jahr die 75 Millionen DM Feierschichtenausgleich mehr als gedeckt.

Es geht der Regierung mit dieser Steuer um ein Stück ihrer Wirtschaftspolitik. Sie will aus dem Aufkommen Mittel für die Sanierung der Bergbauunternehmen gewinnen, nachdem sie den Bergbaubetrieben schon seit Ende des Vorjahres die Bergarbeiterwohnungsbauabgabe, das sind 2,-- DM pro t Kohle und 2,60 DM pro t Koks, die wir im Preis lustig weiterzahlen, geschenkt hat. Sie glaubt auch, sich mit dieser Steuer um energiepolitische Entscheidungen drücken zu können, indem sie so das Zuwachstempo des Heizöl-Verbrauchs einschränkt.

Steuern sind zwar ein mögliches Mittel, jedoch kein Ersatz für Wirtschaftspolitik, zumal sie kaum wieder zu beseitigen sind. Die neu beschlossene Belastung, der die Verbraucher deswegen nicht ausweichen können, weil man kaum vom Heizöl zur Kohle zurückwandern kann, wird die Konkurrenzfähigkeit unserer Erzeugung auf dem Weltmarkt treffen. Denn unsere Konkurrenten arbeiten weiter mit billiger Energie. Das werden wir bei krisenhaften Erscheinungen zu spüren bekommen; aber dann wird es noch schwerer sein, ein energiepolitisches Konzept zu finden, um das man sich mit dieser Steuer heranzudrücken sucht.

Was es mit der sozialen Begründung dieser Steuer wirklich auf sich hat, zeigt der gemeinsame Protest der Bundesregierung und des Ruhrbergbaues gegen die weitere Gewährung von Anpassungshilfen für Bergarbeiter durch die Hohe Behörde der Montan-Union. Auch hier hat es erst der Initiative der sozialistischen Fraktion im Montan-Parlament, des einstimmigen Beschlusses dieses Parlamentes und der 5/6-Mehrheit im Ministerrat bedurft, um den völligen Abbau dieser Anpassungshilfen, den die Bundesregierung nach einer Übergangsfrist forderte, zu verhindern. Hier wollte sie gnadenlos die Arbeitnehmer allen Risiken auf dem europäischen Energiemarkt ausliefern und auch im europäischen Bereich wehrt sie sich gegen eine koordinierte Energiepolitik. Das sind die nackten Tatsachen, die hinter dem sozialen Feigenblatt für die Politik unserer Regierung stehen. + + + - 4 -

Klausur der Regierungsparteien

Von Fritz Büttner, MdB

Nach der großen Sachverständigen-Anhörung hat sich die Regierungsmehrheit -CDU/CSU und DP- in Klausur zurückgezogen. Sie ist in die peinliche Lage versetzt, in aller Stille darüber nachzudenken, wie sie parlamentarisch das wiedergutmacht, was sich "ihr" Minister Blank mit seinen Ministerialbeamten eingebrockt hat. Sie muß diese Suppe trotz des mit unglücklichen Gesetzen überfüllten Magens auslöffeln. Dabei werden Verdauungsstörungen auftreten, das Auspumpen des Magens wird unerlässlich sein, weil die meisten Zutaten unverdaulich sind. Unverdaulich sein wird die Kostenbeteiligung in der vorgesehenen Form. Daran ändern werden auch nichts die teilweise schon vorhandenen und mit einem neuen Zuckerguß umgebenen Leistungen auf dem Gebiete der Vorsorge und die begrüßenswerte Beseitigung der Aussteuerung im Einzelfalle. Trotz Zuckerguß, die bitteren Pillen bleiben. Eine davon ist diese: Bürokratie gebiert zunehmend Bürokratie. Was sich da die Ministerialbürokratie, fern der Praxis, fern dem Leben erlaubt hat, ist eine Meisterleistung in der Übertreibung.

Belastung für Ärzte

Ärzte müssen Terminkalender oder Fristenkarteien (6- und 26-Wochenfrist) anlegen, sie müssen nach abgeschlossenem Behandlungsfall Rechnung in dreifacher Ausfertigung für Kasse und Patienten legen, sie müssen monatlich statt bisher vierteljährlich, also achtmal in einem Jahr mehr, abrechnen, sie müssen zwei Rezeptblätter, statt bisher ein Rezeptblatt ausfüllen, wenn mehr als drei Medikamente erforderlich sind, sie müssen bei Überweisungen an einen Facharzt Aufklärung über den Fristenablauf geben.

Diese und noch andere Mehrarbeiten belasten nach einer vorsichtigen Schätzung 38 000 zugelassene Kassenärzte mit mindestens 100.-- DM monatlich oder 1 200.-- DM jährlich oder insgesamt mit 45,5 Millionen DM.

Hinzu kommen die Einziehungskosten für nicht sofort an den Arzt gezahlte Selbstbeteiligungsbeträge durch die Kassenärztliche Vereinigung. Wenn bei 110 Millionen Behandlungsfällen jährlich in 60 Millionen Fällen die Einziehung der Kasse überbleibt, dann kostet das 1,70 DM je Fall oder 102 Millionen DM jährlich.

Auch die Kontrolle für die zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung macht Millionen-Beträge erforderlich. Wenn das im Gesetzentwurf Gesagte wahr werden soll und die Gewährung kostenlosen Zahnersatzes von je einer Untersuchung in sechs aufeinander folgenden Jahren abhängig gemacht wird, wird ein Gesundheitspaß oder eine überörtliche Kontrolle erforderlich.

Unmögliche Situation für Krankenhäuser

Ganz schlecht abgeschnitten haben die Krankenhäuser, die Kostenbeteiligungen in Höhe von 0,50 DM bis 1,65 DM für Kinder und in Höhe von 1,- DM bis 3,30 DM für Erwachsene (Ehefrauen, Angestellte, Rentner, Kriegsoffer) einziehen sollen, eine Kostenbeteiligung, deren Höhe bei Einlieferung in das Krankenhaus noch nicht feststeht, weil

das Einkommen des Vormonats die Berechnungsgrundlage bildet.

Die einheitlichen, die Abrechnung vereinfachenden Pflugesätze sind aufgehoben. An ihre Stelle treten Pflugesätze mit verschiedenen individuellen Kostenbeteiligungen. Einfach wird es erst wieder, wenn die Kostenbeteiligung aufhört. Die Krankenhäuser schätzen die Kosten für die Rechnungslegung so hoch, daß man die geschätzten Beträge nicht wiederzugeben wagt. Hinzu kommt, daß die im Dienste der Nächstenliebe stehenden Krankenhäuser sich aus ethischen Gründen weigern, Zwangsmaßnahmen gegen Patienten wegen nichtbezahlter Kostenbeteiligungsbeträge zu ergreifen. Die Krankenhäuser lehnen es auch ab, sich zum Vollstrecker dieses unglücklichen Gesetzes zu machen.

In diesem Zusammenhang darf allgemein darauf hingewiesen werden, daß die Justizverwaltungen schon warnend ihre Stimme erhoben haben, mit dem Zwangsmahnverfahren im Kostenbeteiligungssystem nicht behelligt zu werden, weil sie das ganz einfach nicht schaffen würden. Ebenso würden kassenärztliche Vereinigungen und Krankenkassen das notwendige Personal für die im Gesetzentwurf steckende Mehrarbeit nicht erhalten können. Schließlich und nicht zuletzt zu erwähnen ist der Beratungsärztliche Dienst, die Anstalt öffentlichen Rechts, die errichtet werden soll. Ganz abgesehen davon, daß es eine vom Mißtrauen der Regierung gegen Arzt und Patienten getragene Einrichtung werden soll, obwohl die bestehenden Einrichtungen ausreichen, kostet auch diese Apparatur eine Unmenge an Verwaltungskosten. Man schätzt die Zahl der erforderlich werdenden Angestellten auf 5 000.

Hohe Verwaltungskosten

Es ist sicherlich nicht übertrieben, daß die Kostenbeteiligungsbeträge aufgezehrt werden von den Kosten, die Verwaltungs- und Schreivarbeiten aus dem Gesetzentwurf erforderlich machen. Es ist ein schlechter Gesetzentwurf, auf den der Bundesarbeitsminister so stolz war. Nach seinen eigenen Äußerungen wird er manche Änderung erfahren. Die Regierungsmehrheit wird ihn nicht verdauen können. Nicht nur wegen des grundsätzlich Schlechten, das in ihm steckt und schon zur Genüge kritisiert worden ist, sondern auch wegen der unproduktiven Verwaltungskosten, deren Aufwand für nützlichere Zwecke in der Gesundheitspolitik Verwendung finden könnte.

Es fehlen so viele Krankenhausbetten in unserer Bundesrepublik. Wieviel Betten hätten finanziert werden können allein aus den Kosten, die die Vorarbeit dieses Gesetzes und die zwangsläufig ausgelöste berechnete Kritik verursacht haben?

Es wäre zu wünschen, daß in stiller Klausurarbeit die Parteien der Regierungsmehrheit sich Gedanken darüber machen, daß im Mittelpunkt eines sozialen Gesetzes der Mensch und die Menschenwürde stehen muß. Positive, soziale Leistungen dürfen nicht durch negative, unproduktive Verwaltungsarbeit in jeder Hinsicht geschmälert werden.

Ein falscher Zungenschlag

sp - Welches Ergebnis die Klärung der mehr oder minder undurchsichtigen Vorgänge um die Beziehungen zwischen Guinea und Pankow auch immer bringen und welche Beurteilung das Verhalten der dabei beteiligten Personen auch immer finden mag, sicher ist, dass der Vorgang vor allem für die Bundesrepublik von allergrösster Bedeutung ist und von schwerwiegenden Folgen begleitet sein kann. Die SPD hatte daher aus gutem Grunde dringend geraten, die ganze Frage mit kühlem Kopf und nüchternem Verstande zu prüfen und zu entscheiden. Zu diesem kühlen Kopf und nüchternem Verstand gehört aber auch, dass sich alle Politiker und Sprecher auf der bundesdeutschen Seite bei der Behandlung dieser Frage eines Tones befleißigen, der dem Ernst und der Bedeutung der Angelegenheit angemessen sind. Vor allem wird es unter allen Umständen vermieden werden müssen, dass sich irgendwo in der Bundesrepublik ein Zungenschlag einnistet, der in der übrigen Welt, in der weissen und in der farbigen, den fatalen Eindruck erwecken müsste, als würde man vom hohen Bonner Ross auf die "Unterentwickelten" herabsehen.

Es spricht nicht für das gerade in solchen Situationen erforderliche Fingerspitzengefühl, dass der Hauptsprecher der Bundesregierung bei der Kommentierung des ultimativen Beschlusses des Kabinetts gegenüber den "Ministerpräsidenten" Sekou Touré - weiss er wirklich nicht, dass Sekou Touré der Staatspräsident von Guinea ist?! - einen "leichten" und "überlegenen" Ton anzuwenden beliebte, der möglicherweise einem Kolonialbeamten alter Stils zuzubilligen wäre. Von Bonn aus und von einem Bonner Regierungsbeamten her aber kann ein solches suffisantes Verhalten nur als völlig deplaciert und unzulässig gewertet werden. Oder ist das so mächtig ins Kraut geschossene neue bundesrepublikanische "Nationalbewusstsein", das sich z.B. in der Inszenierung und in der Verteidigung des Spanien-Abenteuers so überraschend deutlich gezeigt hat, etwa der neue Stil der Bonner Ministerialbürokratie im Verkehr mit der ganzen übrigen Welt?

+ + +

Der verbotene Händedruck

sp - Die Regierung der Südafrikanischen Union tut alles, um aus der internationalen Diskussion nicht zu verschwinden. Das neueste Beispiel rassistischer Intoleranz ist eine Verordnung, die weissen Erziehungsinspektoren verbietet, schwarze Lehrkräfte durch Handschlag zu begrüßen. Während man im Senat der Vereinigten Staaten heisse Debatten um die effektive Verwirklichung der Negerrechte führt, errichtet Südafrika immer neue, das menschliche Gewissen herausfordernde Rassenschranken. Die Ureinwohner des Landes werden auf den Stand von Parias herabgedrückt, die wenigen Rechte, die sie besitzen, abgebaut, ihnen wird jede Möglichkeit genommen, durch friedliche politische Reformen ihr Schicksal zu verbessern. Die Rassenpolitik Südafrikas ist eine Schande für die weisse Welt, die Sport, die hier aufgeht, wird schrecklich sein. Der Tag dürfte nicht mehr allzufern sein, an dem sich der afrikanische Kontinent die Vergewaltigung und Ächtung seiner Brüder durch eine weisse Regierung nicht mehr gefallen lassen wird. Ist die Südafrikanische Union taub für die Entwicklung nördlich ihrer Grenzen? Will sie es auf eine Kraftprobe ankommen lassen? Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu ahnen, wie dies ausgehen wird.

+ + +

Friedrich Wendel gestorben

Am Dienstag, dem 8. März, starb in Kiel Friedrich Wendel, der letzte Chefredakteur der sozialdemokratischen satirischen Wochenzeitschrift "Der wahre Jacob". Seit 1922 bis zum Verbot im Jahre 1933 war Friedrich Wendel als Redakteur und Chefredakteur mit dem Mittel der Karikatur und Satire maßgeblich an den politischen Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Partei beteiligt. Er hat während dieser Zeit auch eine Reihe aufsehenerregender Buchveröffentlichungen auf dem Gebiet der Karikatur gemacht. Diese Buchveröffentlichungen unter den Titeln "Das 19. Jahrhundert in der Karikatur", "Der Sozialismus in der Karikatur", "Die Mode in der Karikatur", "Wilhelm II. in der Karikatur" usw. vermittelten in leicht fasslicher und amüsanter Weise den Lesern eine Vorstellung der politischen Kräfte und gesellschaftlichen Entwicklungen während des 19. Jahrhunderts. Eine dieser Buchveröffentlichungen über den Klerikalismus trugen ihm eine Anklage wegen Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen und Gebräuche ein. Er wurde jedoch in zwei Instanzen m. B. der Feststellung freigesprochen, daß seine Veröffentlichung aus ethischen Motiven erfolgt sei.

Friedrich Wendel, am 12. Mai 1886 als Sohn eines Tischlermeisters in Pommern geboren, kam als junger Buchdruckergehilfe, 1907 durch Lilly Braun geworben, zur Sozialdemokratie. Er war zunächst Mitarbeiter am Feuilleton sozialdemokratischer Zeitungen, später Redakteur der genannten satirischen Blätter. Während der NS-Zeit lehnte er jegliche publizistische Tätigkeit ab und ernährte sich durch technische Fotografie. Während der Krieges fiel sein einziger Sohn. 1942 wurde er ausgebombt, 1945 kam er mit seiner Frau als Flüchtling nach Schleswig-Holstein. 1946 übertrug ihm Oberbürgermeister Andreas Gayk die Leitung des Presseamtes der Stadt Kiel. Aus diesem Amt schied er 1950 wegen Krankheit aus. Er starb im 74. Lebensjahr.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel